

Apolte, Thomas; Peters, Heiko

Working Paper

Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten

IÖB-Diskussionspapier, No. 1/09

Provided in Cooperation with:

University of Münster, Institute for Economic Education

Suggested Citation: Apolte, Thomas; Peters, Heiko (2009) : Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten, IÖB-Diskussionspapier, No. 1/09, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Ökonomische Bildung (IÖB), Münster

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39080>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Institut für
Ökonomische Bildung



Fachbereich 04: Wirtschaftswissenschaften

IÖB-Diskussionspapier

1/09

Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten

Thomas Apolte/Heiko Peters

IÖB-Diskussionspapier 1/09

März 2009

ISSN 1860-8159

Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten

Thomas Apolte/Heiko Peters

Abstract

Following the collapse of the socialist systems the countries of Middle- and Eastern Europe followed their way to democracy and a market economy with different speed and sequencing. The related political-economy issues gave rise to an ongoing debate on the question as to whether the introduction of democracy in view of comprehensive economic reforms may better be delayed. After some theoretical considerations around governance, democracy, and reforms an overview of empirical studies on the relation of democracy and the level (or rate of growth) of GDP per capita is presented in this paper. We then explore the relation between democracy on the one hand and economic growth or the level of GDP per capita on the other hand in 30 transition countries from 1992 to 2007, applying different empirical models.

Keywords: Democracy, Liberalization, Economic Growth, Transition Countries

JEL Classification: O11, P26, P27

Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten

Mittwoch, 18. März 2009

Autoren

Thomas Apolte und Heiko Peters

Zusammenfassung

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme vollzogen die betroffenen Ländern Mittel- und Osteuropas in unterschiedlichem Tempo und *sequencing* den Weg zu Demokratie und einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung. Die polit-ökonomischen Probleme bei der Durchsetzung der umfassenden ökonomischen Reformen gaben Anlass zu einer bis heute anhaltenden Debatte über die Frage, ob die Einführung von Demokratie angesichts umfassender ökonomischer Reformen nicht besser verzögert werden sollte. Nach einer theoretischen Betrachtung von *Governance*, Demokratie und Reformen folgt in diesem Beitrag ein Überblick über empirische Studien zum Zusammenhang zwischen Demokratie und Niveau (oder Wachstum) des BIP pro Kopf. Anschließend untersuchen wir mit verschiedenen empirischen Modellen den Zusammenhang zwischen Demokratisierung einerseits und Wirtschaftswachstum oder Niveau des BIP pro Kopf andererseits für 30 Transformationsländer für den Zeitraum von 1992 bis 2007.

Stichwörter: Demokratie, Liberalisierung, Wirtschaftswachstum, Transformationsländer

JEL Klassifikation: O11, P26, P27

Im Internet unter:

http://www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb/downloads/forschen/paper/IOEB_DP_01_2009.pdf

Autoren

Prof. Dr. Thomas Apolte, Universität Münster, Institut für Ökonomische Bildung, Scharnhorststr. 100, 48151 Münster, Email: apolte@uni-muenster.de, Tel.: +49 251 8324303.

Dr. Heiko Peters, Universität Münster, Institut für Ökonomische Bildung, Scharnhorststr. 100, 48151 Muenster, Email: heiko.peters@wiwi.uni-muenster.de, Tel.: +49 251 8324308.

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Institut für Ökonomische Bildung
Scharnhorststraße 100
D-48151 Münster

Tel: +49(0)251/83-24303 (Sekretariat)
E-Mail: iob2@uni-muenster.de
Internet: www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb

1. Die Debatte um Demokratie und Transformation in der Frühphase des Systemwechsels

Nachdem die erste Euphorie über den Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Mittel- und Osteuropa (MOEL) verflogen war, zeigten sich rasch die polit-ökonomischen Grenzen eines konsequenten und wohldosierten Übergangs von Diktatur und Sozialismus zu Demokratie und Marktwirtschaft. Die wirtschaftlichen Reformen gerieten bereits nach kurzer Zeit in den Strudel politischer Fraktionen und Sonderinteressen, welche sich geschickt die allgemeine Unsicherheit über die Eignung dieses oder jenes Reformwegs zunutze machten. Während etwa der „polnische Ludwig Erhard“ *Leszek Balcerowicz* das Programm der Liberalisierung und Stabilisierung der aus den Fugen geratenen polnischen Ökonomie in wenigen Wochen ohne nennenswerten Widerstand aus dem Boden stampfen konnte, blieb er wenige Wochen später bereits mit einem ähnlich beherzten Privatisierungsprogramm im Dickicht parlamentarischer Auseinandersetzungen stecken. Ein konsistentes Privatisierungsprogramm hat es in der Folge in Polen und den meisten anderen MOEL nicht mehr gegeben. Der weitere Transformationsverlauf war von diesem Zeitpunkt an ein endogener Prozess, bestimmt von den üblichen polit-ökonomischen Parametern.

Vor diesem Hintergrund wurde schnell der Ruf nach einer anderen Abfolge von politischer und ökonomischer Transformation laut, der im deutschen Sprachraum vor allem von dem Ökonomen und Journalisten *Gerhard Schwarz* (1992) medienwirksam artikuliert wurde. Die Skepsis von *Schwarz* und anderen an der Reihenfolge erst Demokratie, dann Transformation beruhte unter anderem auf den folgenden Beobachtungen:

- *Balcerowicz* hatte sein Stabilisierungsprogramm noch vor der Inauguration der ersten demokratisch legitimierten Regierung in Polen auf den Weg gebracht;
- auch *Ludwig Erhard* hatte mit der Währungsreform den Startschuss für das Modell der Sozialen Marktwirtschaft noch zu Zeiten alliierter Herrschaft abgegeben und musste auf keine parlamentarischen Opposition und keine Wahlrestriktion achten;
- während Russland sich mit der Einführung der Demokratie in politischen Scharmützeln und dem Aufkeimen einer machtvollen Clique korrupter Industriemagnaten auseinander setzen musste, schien das totalitäre Regime in China einen geordneten und planvollen Weg in die Marktwirtschaft zu gehen und das vormals bettelarme Land systematisch zu entwickeln.

Die Logik des Arguments war angelehnt an den Standard der *Public-choice*-Theorie (Apolte, 1995). Danach erfordert ein Systemwechsel in hohem Maße problematische Kollektiventscheidungen, welche mit einer Neudefinition von Verfügungsrechten und einer Umverteilung von Vermögenspositionen im weiteren Sinne verbunden sind. Solche Entscheidungsstrukturen sind in der Regel mehrgipflig und damit ohne Gleichgewicht. In der Folge ergeben sich Wahlzyklen, Agenda-Setzer-Probleme und damit eine Vielzahl von Legitimationsmängeln, die die Akzeptanz der Transformationspolitik potenziell untergraben. Der demokratische Willensbildungsprozess wurde oft bis an die Grenzen strapaziert und nicht selten schlicht überfordert. Diese grundsätzliche Problematik allzu weitreichender Kollektiventscheidungen wurde von Usher (1981) zunächst als Argument dafür beschrieben, dass sozialistische Planwirtschaften nicht demokratisch sein können. Ironischer Weise ließ sich dieses Argument nun auch auf den Übergang von einem planwirtschaftlichen in ein marktwirtschaftliches System übertragen, auch wenn Usher selbst das Argument deutlich vor dem Zusammenbruch des Sozialismus formuliert und nach Kenntnis der Autoren selbst nie auf Fragen der Transformation angewendet hat.

Für sich genommen reichte das Argument von Usher allerdings nicht hin, um eine Umkehrung der Reihenfolge in den ehemals sozialistischen Staaten im Sinne von erst Transformation und dann Demokratie zu begründen. Denn hierzu hätte es des Nachweises bedurft, dass nicht-demokratische Regime es grundsätzlich – und nicht vielleicht nur zufällig besser können. Allerdings hat es autokratische Regierungen gegeben, die eine solche Politik betrieben haben – etwa in China. Sollte also irgendwo eine stabile nicht-demokratische Regierung existieren, welche aus welchen Gründen auch immer eine zielgerichtete Transformationspolitik betreibt, so könnte man mit dem Argument von Usher vor allzu nachdrücklichen Forderungen nach Demokratisierung – zum Beispiel durch die internationale Staatengemeinschaft – warnen.

Allerdings war bis in die 1990er Jahre hinein der Kenntnisstand über den Zusammenhang von *Governance*, Demokratie und wirtschaftlichen bzw. transformationspolitischen Erfolg noch sehr dürftig. Allein auf der Basis einer Anwendung des Usher-Arguments waren Aussagen über die zeitliche Abfolge von Demokratisierung und wirtschaftlichen Reformen kaum zu untermauern. Przeworski und Limongi (1993) bemerkten hierzu, dass in den Sozialwissenschaften erstaunlich wenig über den Zusammenhang von politischem System und wirtschaftlicher Prosperität bekannt sei. Seither sind mehr als eineinhalb Jahrzehnte vergangen. Inzwischen ist eine breite Literatur zu dieser Thematik entstanden. Dabei sind einige theoretische Versatzstücke entwickelt worden und es sind zahlreiche empirische Untersuchungen veröf-

fentlicht worden. Auf dieser Basis ist aber vor allem eines deutlich geworden, dass nämlich bei allem nun vorliegenden Wissen um Details eine überzeugende Antwort auf die grundlegenden Fragen nach wie vor aussteht. Weder theoretisch noch empirisch konnte eine klare Antwort auf die Frage gegeben werden, ob Demokratie die Fähigkeit zu grundlegenden ökonomischen und politischen Reformen befördert oder behindert.

Im folgenden zweiten Abschnitt wird zunächst der theoretischen Diskussion um mögliche Zusammenhänge zwischen *Governance*, Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung nachgegangen. Im dritten Abschnitt folgt ein Überblick über die empirische Literatur auf allgemeiner Ebene sowie mit Blick auf die ehemals sozialistischen Staaten. Im vierten Abschnitt gehen wir selbst noch einmal der Frage nach, ob eine anfänglich betriebene Demokratisierung in den ehemals sozialistischen Ländern deren Wirtschaftsentwicklung von Beginn der 1990er Jahr bis heute beeinflusst hat und inwieweit ein Zusammenhang zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung feststellbar ist.

2. Governance, Demokratie und Reform aus theoretischer Sicht

Häufig wird Demokratie eine Art konsumtiver Charakter zugewiesen. Danach versteht man Demokratie als eine Möglichkeit der Bürger, am politischen Leben eines Landes zu partizipieren und Entscheidungen mit zu prägen. Der Wunsch, dies zu tun, wird regelmäßig in Abhängigkeit vom Einkommen gesehen, so dass Demokratie in die Kategorien eines inferioren, superioren oder normalen Gutes eingeordnet werden kann. Tatsächlich findet empirische Untersuchungen regelmäßig, dass das Einkommensniveau und die Wahrscheinlichkeit des Auftretens von Demokratie positiv miteinander korreliert sind (etwa: *Londregan/Pool*, 1996; *Barro*, 1999). Sofern man dies auf die „Nachfrage“ nach Demokratie zurückführen kann, müsste die Einkommenselastizität der Demokratie positiv und Demokratie insofern ein normales Gut sein (*Minier*, 2001). Folgte man dieser Betrachtung, so stünde Demokratie am Ende eines Entwicklungsprozesses, der es den Menschen ab einem bestimmten Einkommensniveau erlaubt, neben anderen Wohlstandsgütern auch das Gut Demokratie zu konsumieren.¹ Im Anschluss daran könnte man an bestimmte Substitutionsverhältnisse zu „anderen“ Konsumgütern denken und schließlich auch daran, dass Menschen unter bestimmten Bedingungen bereit sein könnten, auf diese oder jene Konsumgüter zu verzichten, um in den Genuss des Gutes

¹ Grundlegend für diese Sichtweise ist die vor allem unter Politikwissenschaftlern einflussreiche Modernisierungshypothese von *Lipset* (1959), innerhalb derer ein Zusammenspiel von Bedingungen aufgezeigt wird, welches vorliegen muss, damit sich Demokratie entwickeln kann. Ein gewisses Wohlstandsniveau ist darunter allerdings nur eine, wenn auch wichtige Bedingung. Ein zureichender Bildungsstand, ein egalitäres Wertesystem und übrigens auch Kapitalismus gehören zu den weiteren Bedingungen.

Demokratie zu gelangen. Auf diese Weise ist eine Reihe von Arbeiten angelegt, welche vermuten, dass Demokratie nur um den Preis geringerer materieller Prosperität zu haben ist, etwa ausgedrückt in vermindertem Wirtschaftswachstum (so etwa: *Persson/Tabellini*, 1994; *Parente*, 2006; *Gradstein*, 2007).

Grundlegend anders ist ein Verständnis angelegt, welches wir als das instrumentelle Verständnis von Demokratie bezeichnen. Hier ist Demokratie nicht das mögliche (Konsum-) Produkt von wirtschaftlicher Prosperität, sondern sie ist eine Voraussetzung dafür. In diesem Sinne ist Demokratie ein – vielleicht substituierbarer – institutioneller Input der makroökonomischen Produktionsfunktion. So betrachtet ist eine gut funktionierende Demokratie ein Bestandteil von *Good Governance* und geht als solche zum Teil auch als ein wichtiger Bestandteil in die üblichen *Governance*-Indikatoren mit ein. Das instrumentelle Verständnis von Demokratie setzt freilich voraus, dass es in der Tat theoretisch nachvollziehbare und empirisch belegbare Kausalbeziehungen zwischen Demokratie, der Qualität von *Governance* und schließlich der wirtschaftlichen Entwicklung gibt. Dass *Governance* selbst zu den überragenden Faktoren zur Erklärung ökonomischer Prosperität gehört, dürfte heute als weitgehend unstrittig gelten (*Rodrik/Subramanian/Trebbi*, 2004; *World Bank*, 2002).

Empirisch wird Demokratie aber mitunter nur bedingt als Kausalfaktor für *Good Governance* betrachtet, weil zumindest der *Outcome* von Demokratie dort selbst als Teil der *Governance*-Spezifikation definiert wird, so dass der Grad an Demokratie schon per Definition die *Governance*-Indikatoren verbessert. So enthält der *Governance*-Indikator der Weltbank den Teilindikator „Voice and Accountability“, der im Prinzip den Grad an Demokratie erfasst (*Kaufman/Kraay/Matruzzi*, 2008; anders aber: siehe *Hall/Jones*, 1999). Um die dadurch erzeugte Gefahr der Tautologie zu vermeiden, wird Demokratie in diesem Beitrag wie in *Rivera-Batiz* (2002) nicht als Bestandteil, sondern als möglicher Kausalfaktor für *Good Governance* betrachtet. Auf dieser Basis geht es um die Frage, ob Demokratie in den ehemals sozialistischen Ländern die Qualität der Regierung erhöht und auf diesem Wege den Erfolg von Transformation und wirtschaftlicher Entwicklung befördert hat. Auf den ersten Blick erscheint dies evident, denn die erfolgreichen Länder unter den ehemals sozialistischen Staaten waren durchweg solche Länder, die sich von Beginn an konsequent demokratisiert haben – mit China als der nahezu einzigen Ausnahme.

Doch handelt es sich bei dieser Beobachtung lediglich um eine Korrelation, die nichts über mögliche Kausalitäten aussagt. Daher erscheint es angebracht, kurz jene theoretischen Argu-

mente zu beleuchten, welche jeweils für oder gegen eine frühe Einführung von Demokratie ins Feld geführt werden. Im Prinzip sind es drei Argumente, welche immer wieder gegen eine *frühe* Einführung von Demokratie angeführt werden (vgl. *Przeworski/Limongi*, 1993):

- Argument 1: Demokratie reduziert den Grad an Autonomie staatlicher Autoritäten; dies macht sie von Sonderinteressen abhängig, erhöht die Konfliktgefahr und engt den Entscheidungsspielraum der Politik ein (*Haggard*, 1990).
- Argument 2: Demokratie reduziert die Zeitpräferenzrate der Politik, weil der Medianwähler bei rechtsschiefen Einkommens- und Vermögensverteilungen staatliche Umverteilung erzwingt und unter bestimmten Bedingungen volkswirtschaftliche Ressourcen von investiven in konsumtive Verwendungen lenkt. Dies könnte das Wachstum verringern (*Alesina/Rodrik*, 1994; *Persson/Tabellini*, 1994; *Parente*, 2006). Aber selbst für eine strikt pareto-verbessernde Politik lässt sich im Rahmen eines *War-of-Atrition*-Spiels zeigen, dass die nötigen Reformschritte unter Umständen hinausgezögert werden (*Alesina/Drazen*, 1991).

Diese Argumente leuchten für sich genommen ein, doch sie können den Vorwurf eines *Nirwana*-Ansatzes (*Demsetz*, 1969) auf sich ziehen, weil sie die Praxis realer Demokratie an dem Idealtypus einer autonomen und zudem auf Wohlstandsmehrung ausgerichteten Diktatur messen, welche in der Realität so nicht existiert. So setzt Argument 1 voraus, dass demokratische Regierungen einer Wiederwahlrestriktion (rational) ignoranter Wähler unterliegen, wodurch sich Interessengruppen Einfluss verschaffen können. Während diese Annahme realistisch ist, setzt Argument 1 aber weiterhin voraus, dass Diktaturen keinem Einfluss von Sonderinteressen unterliegen, was kontrafaktisch ist. Diktatoren müssen sich vielmehr durch eine geschickte Politik vor gewaltsamen Regierungswechseln schützen. Hierzu brauchen sie im Umgang mit den Regierten Zuckerbrot und Peitsche. Die Peitsche können sie aber nur mit Hilfe gerade jener Gruppen und Personen einsetzen, welche über die Peitsche verfügen und damit auch potentielle Putschisten sind, welche dem Diktator gefährlich werden können. Daher müssen Diktatoren gerade auf deren Sonderinteressen Rücksicht nehmen, und hierzu brauchen sie neben der Peitsche auch das Zuckerbrot. Welche Form des Einflusses von Sonderinteressen einer erfolgreichen Reformpolitik zu- oder abträglich ist – jene potentieller Putschisten oder jene des Medianwählers – lässt sich schließlich *a priori* nicht bestimmen.

Argument 2 setzt erstens voraus, dass Diktatoren anders als demokratisch kontrollierte Regierungen nicht von gesellschaftlichen Gruppen bedroht sind, welche an einer Umlenkung von

Ressourcen in konsumtive Verwendungen interessiert sind. Zweitens setzt es voraus, dass Diktatoren ein Interesse daran haben, für ökonomische Prosperität in ihrem Land zu sorgen. Beides lässt sich ebenfalls *a priori* weder theoretisch noch empirisch ohne weiteres stützen. Vielmehr ist nicht einmal klar, warum Diktatoren überhaupt an der Prosperität ihres Landes interessiert sein sollten. Zu diesem Thema hat *Olson* in den 1990er Jahren eine Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, in denen er Diktatoren als „stationäre Banditen“ charakterisiert hat (stellvertretend: *Olson*, 1991). Im Gegensatz zu den von ihm so bezeichneten „marodierenden Banditen“², die quasi von Land zu Land reisen, diese berauben und dann ihrem Schicksal überlassen, sind stationäre Banditen am Erhalt der wirtschaftlichen Basis derer interessiert, welche sie berauben. Das liegt daran, dass stationäre Banditen immer die gleichen Personengruppen berauben oder – moderner ausgedrückt – besteuern. Demnach kann ein stationärer Bandit sein Volk nur dann dauerhaft besteuern, wenn er die Steuersätze deutlich unterhalb von 100 Prozent ansetzt. Man kann sogar zeigen, dass ein stationärer Bandit ein Interesse daran hat, den „Beraubten“ eine Infrastruktur, einen gewissen Rechtsschutz sowie Bildung zukommen zu lassen (*McGuire/Olson*, 1996). Dies kostet den stationären Banditen zwar einen Teil seiner Steuereinnahmen, dafür vergrößert es aber die Basis für künftige Einnahmen. Denn ein Steuersatz von unter 100 Prozent in Verbindung mit Aufwendungen für Infrastruktur und Bildung beschert dem Diktator wegen des damit verbundenen höheren Produktionsvolumens am Ende mehr Nettoeinkommen als ein Steuersatz von nahe 100 Prozent.

Genau das bindet auch den rücksichtslosesten Diktator an die Prosperität seines Landes. Inwieweit es ihn allerdings daran bindet, hängt entscheidend von seiner Zeitpräferenzrate ab. Kann er damit rechnen, noch über Jahrzehnte im Amt zu bleiben, so mag er ein persönliches Einkommensinteresse an der langfristigen Entwicklung seines Landes haben. Denn nur dies garantiert ihm eine dauerhaft sprudelnde Steuerquelle. Droht ihm aber der baldige Verlust der Macht, so bedarf er keiner langfristig breiten Steuerbasis mehr; im schlimmsten Falle fällt er sogar zurück in die Anreizsituation eines marodierenden Banditen, der sein Einkommen dann maximiert, wenn er das Volk in kürzester Zeit vollständig ausraubt. Allerdings muss auch eine langfristig orientierte autokratische Regierung die Unterstützung derjenigen Interessengruppen haben, die ihr gefährlich werden können. *Besley* und *Kudamatsu* (2007) sprechen in diesem Zusammenhang von dem *selectorate* in Anlehnung an das *electorate* einer demokratischen Regierung und analysieren im Anschluss die Bedingungen, unter denen mit einer Wohlfahrt vermehrenden Politik durch ein autokratisches Regime gerechnet werden kann, dessen

² Man könnte sie auch nomadisierende Banditen nennen.

Macht auf der Unterstützung des *selectorate* ruht. Dabei wird deutlich, dass keine klare Aussage darüber getroffen werden kann, ob Demokratie oder Autokratie *per se* besser geeignet sind, (ökonomische) Reformprogramme durchzusetzen.

Genau an diesem Punkt setzen zwei Argumente von *Olson* (1991) an, mit welchen er die Überlegenheit der Demokratie zu belegen versucht. Erstens sei die Regierung in einer Demokratie über den Medianwähler immer an breitere Interessen (*encompassing interests*) gebunden als eine autokratische Regierung. Dies bedeute, dass demokratische Regierungen immer ein breites Spektrum an Interessen im Auge behalten müssten, während Diktatoren vor allem jene von Generälen und sonstigen Sicherheitsbeamten beachten müssten, welche keine Rückbindung an einen breiteren Wohlstand hätten. Während dieses Argument sehr einleuchtet und im Übrigen in *McGuire/Olson* (1996) auch formal unterfüttert wird, sagt es selbst noch nichts über den Anreiz und die Fähigkeit zu einem konfliktträchtigen Reformprogramm aus. Dies stellt sich aber für das zweite Argument von *Olson* anders dar. Hier verweist er auf die Unmöglichkeit, einen Diktator bewusst ins Amt zu setzen und zuvor auf eine bestimmte Reformpolitik zu verpflichten. Denn entweder enthält man dem Diktator – quasi aus Sicherheitsgründen – den letztendlichen Zugriff auf die Macht im Lande vor – womit der vermutete Vorteil der Diktatur freilich verloren ist; oder das Versprechen des künftigen Diktators über den einzuschlagenden Reformweg ist nicht zeitkonsistent, sofern sich dieser Weg nach seiner Inauguration für ihn als nicht mehr optimal erweist (*Olson*, 1991, S. 153).

Unter welchen Bedingungen ist aber eine langfristig orientierte Reformpolitik optimal für einen Diktator? Hierzu unterscheidet *Wintrobe* (1998, S. 43ff.) *totalitarian dictators* wie Hitler, Mao oder Stalin von so genannten *tin-pot dictators*, welche vornehmlich Interessen aufweisen, welche hoch korreliert mit ihrem Einkommen im weiteren Sinne sind. Während die *totalitarians* im Kern ideologisch motiviert und insofern unberechenbar sind, kann das Einkommensinteresse eines *tin-pot dictators* unter bestimmten Bedingungen durchaus kompatibel mit einer konsistenten Reformpolitik sein. Letzteres setzt allerdings voraus, dass der Zeithorizont des Diktators hinreichend groß ist. Wollte man also bewusst einen Diktator einsetzen in der Hoffnung darauf, dass dieser größere Handlungsspielräume als eine demokratische Regierung hat und diese auch zum Zwecke einer langfristigen Reformpolitik einsetzt, so kann diese Hoffnung nur unter zwei Bedingungen gerechtfertigt sein: Erstens müsste der Diktator vom Typ *tinpot* sein und zweitens müsste man ihm eine sehr lange Amtszeit zubilligen. Möglicherweise müsste man gar an eine Erbmonarchie denken, um den Diktator auf eine hinreichend langfristige Perspektive auszurichten. Schließlich müsste man dem Diktator diese lang-

fristige Perspektive glaubwürdig und damit auch zeitkonsistent zusichern, womit sich die Frage stellt, wer in einer Gesellschaft die Macht haben könnte, eine entsprechende Entscheidung zu treffen und konstitutionell abzusichern.

Diese Überlegungen legen einerseits die Unmöglichkeit nahe, bewusst eine Diktatur zu installieren, welche sich im Anschluss glaubhaft an eine langfristige Reformpolitik bindet. Andererseits lässt sich auch nicht ohne weiteres eine demokratisch stabile Konstitution installieren, welche garantiert, dass die darüber gewählten Regierungen eine langfristige Reformpolitik betreiben. Schließlich gibt es mit China eine Diktatur, welche nicht auf der Macht einer Person beruht, sondern sich bürokratisch-autoritär legitimiert und stabilisiert. Weil eine Bürokratie aber anders als eine natürliche Person keiner begrenzten Lebenszeitperspektive unterliegt, könnte sich daraus in China jener langfristige Horizont entwickelt haben, welcher nötig ist, damit die Machthaber einer Autokratie an der langfristigen Entwicklung des Landes interessiert sind.

So betrachtet liegt es nahe, sich unterschiedliche pfadabhängige politische Gleichgewichte vorzustellen, von denen manche durch demokratische Regime und andere durch Diktaturen gekennzeichnet sind und von denen jeweils manche eine langfristig orientierte Reformpolitik betreiben und andere nicht. Sofern dies der Fall ist, dürfte es sehr schwer fallen, einen empirischen Zusammenhang zwischen politischen Regimen einerseits und wirtschaftlicher Entwicklung andererseits zu finden. Genau dies ist auch der Fall.

3. Die empirische Literatur zur Rolle von Demokratie und Governance

Ungeachtet der theoretischen Unklarheiten ist zunächst einmal festzuhalten, dass es weltweit eine starke Korrelation zwischen dem Grad an Demokratie und dem Niveau des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zwischen den Ländern gibt (*Helliwell, 1994; Acemoglu; et al., 2008*). Knapp formuliert heißt das: Die reichen Länder sind die demokratischen Länder, die Armen sind in der Regel Diktaturen. Betrachtet man die ehemals sozialistischen Länder, so findet sich dieser Zusammenhang unmittelbar wieder. Diejenigen Länder, die zügig den Weg in die Demokratie gefunden haben, sind die konsequentesten Reformer und weisen das höchste Pro-Kopf-Einkommen innerhalb dieser Ländergruppe auf.

Der Zusammenhang von Reichtum und Demokratie ist in zwei Richtungen empirisch differenziert worden. Schon wenn erstens der Zusammenhang zwischen Demokratie und Niveau des BIP pro Kopf in differenzierteren Regressionen getestet wird, geht der zunächst klare Zu-

sammenhang zwischen den beiden Variablen verloren. Dies gilt zweitens erst Recht für eine Betrachtung des Einflusses von Demokratievariablen auf das Wachstum des BIP pro Kopf.

Demokratie und Niveau des BIP pro Kopf

Przeworski und *Limongi* (1993) haben auf Endogenitätsprobleme der üblichen Demokratieindikatoren im Zusammenhang mit Regressionen auf das BIP oder dessen Wachstum hingewiesen. Diese Endogenitätsprobleme folgen daraus, dass Diktaturen ökonomische Krisen möglicherweise mit einer anderen Wahrscheinlichkeit überstehen als Demokratien. Sollte dies der Fall sein, dann ist die Auswahl der demokratischen und nicht-demokratischen Länder zu jedem Zeitpunkt nicht mehr zufällig, sondern endogen, weil der Regimewechsel infolge ökonomischer Krisen systematisch einen bestimmten Regimetyp stärker aussortiert als einen anderen. Um dieses Problem zu umgehen, entwickeln *Decker* und *Lim* (2007) Instrumentvariablen für Demokratie. Weiterhin entwickeln sie auch Instrumentvariablen für die Qualität von Institutionen, um den Einfluss der Qualität von Institutionen auf das BIP pro Kopf zu kontrollieren. Schon in einer einfachen OLS-Schätzung geht der Zusammenhang zwischen Demokratie und BIP pro Kopf verloren, wenn Indikatoren für die Qualität der Institutionen hinzugezogen werden. In einer IV-Schätzung findet sich dann ein schwach signifikanter Einfluss von Demokratie auf das BIP pro Kopf, der aber zulasten der institutionellen Indikatoren geht, weil die Indikatoren offenbar mit dem Demokratiegrad korreliert sind.

Acemoglu et al. (2008) zeigen in Panelregressionen, dass der übliche positive Zusammenhang zwischen dem Niveau an Demokratie und jenem des BIP pro Kopf dann verloren geht, wenn man fixe Ländereffekte in die Schätzung miteinbezieht. Auf dieses Ergebnis wird später noch einmal rekurriert.

Demokratie und Wachstum des BIP pro Kopf

Wenn das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens durch das Wachstum ersetzt wird, geht die Eindeutigkeit des Zusammenhangs sofort verloren. So listen *Przeworski/Limongi* (1993) für die Zeit vor dem Zusammenbruch des Sozialismus eine Reihe von frühen empirischen Studien zum Zusammenhang von Demokratie und Wachstum auf. In acht von 18 Fällen fanden die Autoren in Diktaturen bzw. „bürokratisch-autoritären“ Regimen ein signifikant höheres Wachstum, in fünf Fällen war das Wachstum in Demokratien signifikant höher und in fünf weiteren Fällen gab es keinen signifikanten Unterschied. Auffällig ist, dass die vom Publikations- wie vom Betrachtungszeitraum her älteren Studien tendenziell eher die These stützen,

dass Diktaturen schneller wachsen. *Sirowy* und *Inkeles* (1990) kommen in ihrem Survey zu ähnlich gemischten Ergebnissen.

In jüngerer Zeit findet *Barro* (1996) einen höckerförmigen Verlauf des Zusammenhangs von Demokratie und Wachstum. In einer Querschnittsanalyse von etwa 100 Ländern über zwei Zehnjahresperioden und einer Fünfjahresperiode steigt das Wachstum mit zunehmendem Demokratiegrad zunächst an, hat dann aber ein Maximum und fällt von dort wieder ab. Länder mit einem höheren Ausgangsgrad an Demokratie müssten demnach Wachstumseinbußen hinnehmen, wenn Sie den Grad an Demokratie weiter anheben. Man könnte geneigt sein, diese Ergebnisse als eine Bestätigung theoretischer Aussagen zu interpretieren. Demnach könnte der Zuwachs an Wachstum bei kleineren Demokratiegraden auf die Effekte der Rückbindung der politischen Macht an ein im Vergleich zu Diktaturen breiteres Spektrum an Interessen zurückzuführen sein – also an *Olsons encompassing interests*. Weiterhin könnte man den Rückgang des Wachstums bei größeren Demokratiegraden auf den im Sinne von *Persson* und *Tabellini* verstärkt einsetzenden Umverteilungsdruck mit seinen wachstumshemmenden Effekten zurückführen. Hier sei vor übereilten Schlüssen aber schon deshalb gewarnt, weil die Ergebnisse von *Barro* nur schwach signifikant sind.

Um zu sehen, wie eine Hinwendung zur Demokratie auf das Wachstum wirkt, ist in einigen Studien statt des Niveaus von Demokratie zu einem bestimmten Zeitpunkt der Wechsel des Regimes als erklärende Variable verwendet worden. In diesem Sinne untersucht *Minier* (1998) den Einfluss einer erheblichen Vergrößerung oder Verringerung des Demokratiegrades auf das Wirtschaftswachstum. Dabei findet sie einen negativen und signifikanten Zusammenhang zwischen einer Verringerung des Demokratiegrades und dem darauf folgenden Wachstum. Allerdings findet sie keinen signifikanten Einfluss einer Erhöhung des Demokratiegrades auf das Wachstum. Die Zerstörung einer Demokratie hat demnach negative Wirkungen auf die Entwicklung einer Volkswirtschaft, eine Hinwendung zur Demokratie hingegen keine nachweisbaren Wirkungen. In eine ähnliche Richtung geht ein weiterer Aufsatz von *Minier* (2003). Hier untersucht sie die Effekte des Auftretens einer Demokratiebewegung auf das Wirtschaftswachstum. Dazu hat sie 30 Demokratiebewegungen seit 1960 berücksichtigt, unter ihnen vier ehemals sozialistische Länder im Zusammenhang mit der Transformation ab 1989. Sie unterscheidet drei Reaktionen der Regierung, nämlich Repression, moderate Zugeständnisse und substanzielle Zugeständnisse.

Zunächst zeigt sie in einer für die kurzfristige Wirkung stehenden Fünf-Jahres-Panelregression, dass das Auftreten von Demokratiebewegungen mit einer Verringerung des Wachstums verbunden ist, sofern die Regierung substantielle Zugeständnisse macht. Unterdrückt sie die Bewegung hingegen, so wird der negative Effekt wieder ausgeglichen, so dass kein Effekt verbleibt. Reagiert die Regierung hingegen mit kleineren Konzessionen, so wird der negative Effekt nur teilweise wieder aufgehoben. In einer Zehn-Jahres-Querschnittsanalyse für die längerfristigen Wirkungen schwächen sich alle Effekte ab. Der einzige Effekt, welcher dann wenigstens noch schwach signifikant bleibt, ist der negative Effekt des Auftretens einer Demokratiebewegung auf das Wirtschaftswachstum für den Fall, dass die Regierung dem politischen Druck nachgibt. Folgt man diesen Überlegungen, so hat Demokratisierung offenbar negative Folgen für das Wachstum einer Volkswirtschaft. Die Verfasserin warnt aber selbst vor voreiligen Schlüssen. Viele – vor allem jüngere – Fälle von Demokratisierung sind nicht berücksichtigt, und die fehlenden Fälle mögen keine Zufallsauswahl sein. Außerdem untersucht *Minier* nur solche Demokratisierungsprozesse, welche aus einer Demokratiebewegung hervorgegangen sind, und unter diesen fehlen die meisten Demokratisierungen in Mittel- und Osteuropa nach 1989.

Rodrik und Wacziarg (2005) haben dagegen mit Hilfe von Polity IV-Daten Fälle von Demokratisierungen identifiziert, für die der Wechsel zur Demokratisierung mindestens fünf Jahre angehalten hat. Bei insgesamt 154 berücksichtigten Staaten finden sie zunächst einen positiven Zusammenhang von Demokratisierung und Wachstum, der jedoch nur noch teilweise signifikant bleibt, sofern die ganze Stichprobe in Teilstichproben unterteilt wird und fixe Ländereffekte mit geschätzt werden. Ziel ihres Beitrags war es auch nicht, einen positiven Zusammenhang nachzuweisen, sondern vor allem, den häufig behaupteten negativen Zusammenhang infrage zu stellen. In dieselbe Richtung weist ein jüngeres Papier von *Persson und Tabellini* (2007), welches zumindest darauf hinweist, dass Demokratisierung einen positiven Effekt auf das Wachstum einer Volkswirtschaft haben könnte. Aber auch hier sind die Ergebnisse keineswegs eindeutig und überzeugend.

Fasst man die Ergebnisse sowohl der theoretischen als auch der empirischen Forschung zum Zusammenhang von Demokratie und Wachstum zusammen, so lautet das Ergebnis, dass wir nach wie vor keine klare Aussage darüber treffen können. Vermutlich wird sich daran wenig ändern, weil es offenbar doch der Disaggregation institutioneller Faktoren bedarf, so dass es am Ende eher detailliertere *Governance*-Indikatoren sind, welche das Wachstum von Volkswirtschaften befördern können; und soweit Demokratie nicht selbst als Teilindikator in sol-

chen *Governance*-Indikatoren enthalten ist, scheint *Good Governance* nicht notwendigerweise Demokratie vorauszusetzen. Von daher ist *Good Governance* zwar offenbar ein guter Prädiktor für Wachstum; für Demokratie gilt dies indes bisher nicht. Ein solcher Schluss wird auch durch die Ergebnisse von *Rivera-Batiz* (2002) gestützt, welcher auf der Basis eines Modells endogenen Wachstums den Einfluss von Demokratie und *Governance* schätzt, wobei der von ihm verwendete *Governance*-Indikator den Demokratiegrad zwar nicht enthält, mit diesem aber eng korreliert ist. In seiner Schätzung verwendet er die totale Faktorproduktivität als endogene Variable. Sofern er den *Governance*-Indikator außen vor lässt, kommt er zu einem signifikanten Einfluss des Demokratieindikators auf die totale Faktorproduktivität. Nimmt er den *Governance*-Indikator indes als exogene Variable mit in die Schätzung auf, so verliert der Demokratieindikator seine Signifikanz. Daraus schließt er, dass es am Ende *Good Governance* ist, was die wirtschaftliche Entwicklung fördert. Weiterhin vermutet er wegen der engen Korrelation zwischen *Governance* und Demokratie, dass Demokratie *Good Governance* und darüber indirekt auch Wachstum fördert, dass aber im Einzelfall auch ein nicht-demokratisches Regime *Good Governance* liefern und darüber Prosperität fördern kann.

Dieses Ergebnis müsste sich auch auf die Transformationsländer übertragen lassen. Allerdings stellen diese keine Zufallsauswahl von Ländern dar, weil sie sich durch gemeinsame Spezifika von anderen Ländern unterscheiden. So haben alle diese Länder zu etwa der gleichen Zeit sowohl eine Diktatur als auch ein Wirtschaftssystem abgeschüttelt und einen völlig neuen Pfad eingeschlagen. Nicht alle haben darüber den Weg in die Demokratie gefunden, und manche sind auch auf dem Weg in die Marktwirtschaft nicht sehr weit gekommen. Gleichwohl standen alle diese Länder zu Beginn der 1990er Jahre vor einer Entscheidung über das künftige politische Regime.

4. Zur Empirie von Demokratie und Transformation nach zwei Jahrzehnten

Vielleicht mehr noch als in anderen Ländern fällt in den Transformationsländern die enge Korrelation von Demokratisierung und Liberalisierung auf. Diejenigen Länder, welche sich unmittelbar nach 1989 dem westlichen Verständnis von Freiheit und Demokratie zugewendet hatten, sind zugleich jene Länder, welche einen konsequenten Transformationskurs in Richtung einer Marktwirtschaft westlichen Typs eingeschlagen haben (*Åslund/Boone/Johnson*, 2001; *Dethier/Ghanem/Zoli*, 1999). Ebenfalls fällt unmittelbar auf, dass dies zugleich die relativ wohlhabenden Länder sind. Freilich ist damit noch nichts über die kausalen Zusammenhänge gesagt. Entsprechend kommen denn auch hier bei näherem Hinsehen schnell Zweifel

auf. So findet *Fidrmuc* (2003) zwar einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum, doch wird dieser mit der Einführung der Liberalisierung als Kontrollvariable insignifikant. Da er aber einen signifikanten Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Liberalisierung findet, schließt er daraus einen indirekten Zusammenhang von der Demokratie auf die Liberalisierung und von dort auf das Wachstum.

In dem hier betrachteten Zusammenhang interessiert uns die Frage, inwieweit eine anfänglich zügige Demokratisierung den wirtschaftlichen Aufholprozess zum Westen beschleunigt hat. Diesen Zusammenhang untersuchen wir für den Zeitraum von 1992 bis 2007 auf der Basis von 30 Transformationsländern. Dabei geht es zunächst um den direkten Zusammenhang zwischen Demokratie und Wirtschaftswachstum³. Im Anschluss untersuchen wir einen möglichen indirekten Zusammenhang von der Demokratisierung auf das Tempo der Liberalisierung der Wirtschaft und von dort auf das Wirtschaftswachstum. Um Demokratie zu messen, verwenden wir den Indikator von *Freedomhouse*.⁴ Dieser Indikator wird so transformiert, dass er Werte zwischen null und eins annimmt. Je näher er an eins liegt, desto höher ist der Demokratisierungsgrad des jeweiligen Landes. Unseren Liberalisierungsindikator bilden wir – in Anlehnung an viele andere Untersuchungen – als Mittelwert der neun Indikatoren der *European Bank for Reconstruction and Development* (EBRD) für Privatisierung von Großunternehmen und mittelständischen Unternehmen, Unternehmensrestrukturierung, Preisliberalisierung, Handels- und Devisenmärkte, Wettbewerbspolitik, Bankenreform und Zinssatzliberalisierung sowie Wertpapiermärkte und Infrastrukturreformen. Wir transformieren den EBRD-Index analog zum Demokratisierungsindikator (siehe EBRD 2008 für eine genaue Beschreibung). Demnach ist die Liberalisierung umso weiter fortgeschritten, je näher der Wert an eins liegt.

Die Situation der Transformationsländer Anfang der 1990er Jahre ist sehr unterschiedlich in Bezug auf den Demokratisierungs- und Liberalisierungsgrad. Im Jahr 1992 beträgt der Mittelwert des Demokratisierungsindikators 0,42 und der des Liberalisierungsindikators 0,60. Die Korrelation dieser beiden Indikatoren beträgt 0,72. Somit weisen Länder mit hohem Wert des Demokratisierungsindikators auch einen hohen Wert des Liberalisierungsindikators auf. Im Jahr 2007 ist der Mittelwert des Demokratisierungsindikators 0,69 und jener des Liberalisierungsindikators 0,77. Die Korrelation erhöht sich auf 0,87 im Jahr 2007. Abbildung 1 zeigt

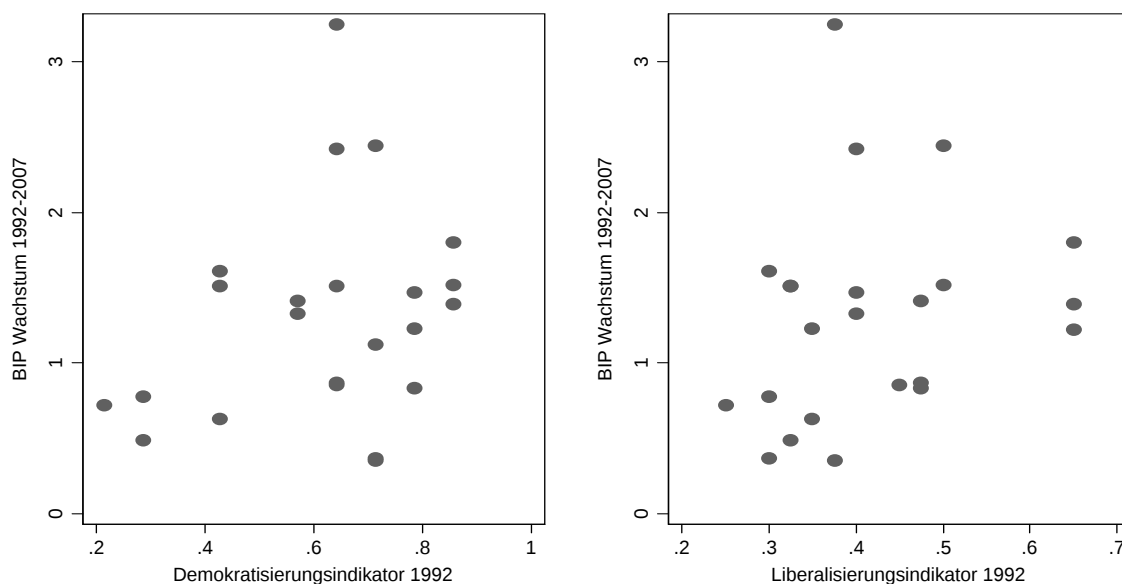
³ Dies sind folgende Länder: Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kirgisische Republik, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Mongolei, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tadschikistan, Tschechien, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrussland.

⁴ Siehe <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=15> [Zugriff am 12.02.2009] für eine genaue Beschreibung des Demokratieindikators.

auf der Abszisse das bis 1992 erreichte *Niveau* der Demokratisierung bzw. der Liberalisierung und auf der Ordinate die Veränderung des BIP pro Kopf von 1992 bis 2007. Weder für den Demokratisierungs- noch für den Liberalisierungsindikator ist hier ein Zusammenhang ersichtlich. Ein früh erreichtes Niveau der Demokratisierung bzw. Liberalisierung geht also offenkundig nicht mit einem starken Aufholprozess zum Westen einher.

Nun ist der Zeitraum bis 1992 noch sehr früh. Daher gehen wir im Folgenden etwas detaillierter der Frage nach, ob eine bis 1996 vergleichsweise zügig verlaufende Demokratisierung einen langfristig vergleichsweise starken Wachstumsprozess angestoßen haben könnte. Im Durchschnitt änderte sich das Niveau der Demokratisierungsvariablen des Jahres 1996 im Vergleich zum Jahr 1992 nur um 0,01. Es gibt aber deutliche voneinander abweichende Entwicklungen bei den Transformationsländern. Die prozentualen Veränderungen reichen von -55 in Weißrussland bis +50 in Bosnien-Herzegowina.

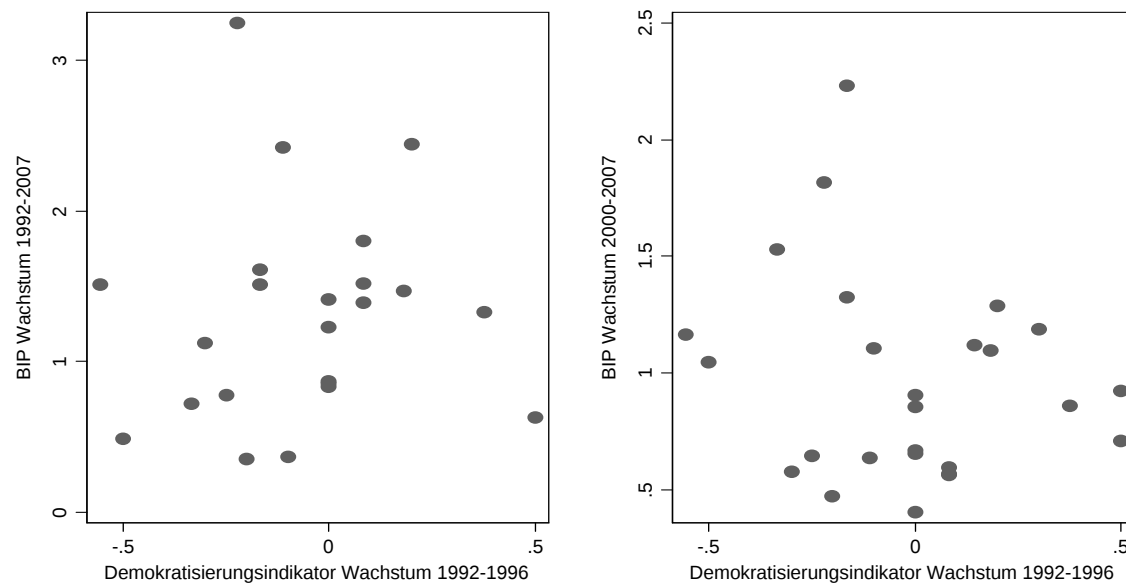
Abbildung 1: Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratisierungs- oder Liberalisierungsindikatoren.



Quelle: Eigene Darstellung.

In Abbildung 2 ist der Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum im Zeitraum von 1992 bis 2007 (linke Seite) bzw. 2000 bis 2007 (rechte Seite) einerseits und der Wachstumsrate des Demokratisierungsindikators im Zeitraum von 1992 bis 1996 andererseits dargestellt.

Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratisierung



Quelle: Eigene Darstellung

Auch hier ist zumindest optisch kein klarer Zusammenhang erkennbar. Um diesen Zusammenhang genauer zu untersuchen, haben wir verschiedene Regressionen auf der Basis der folgenden Gleichung durchgeführt.

$$(1) \quad \widehat{BIP\ pro\ Kopf}_{1992-2007,i} = \alpha_1 \widehat{Democ}_{1992-1996,i} + \alpha_2 BIP\ pro\ Kopf_{1992,i} + \varepsilon_i.$$

Dabei ist i der Länderindex, das Dach steht für die Wachstumsrate des BIP pro Kopf und des Demokratisierungsindikators (Democ) und ε_i ist der Störterm. In Tabelle 1 sind die Schätzergebnisse der Gleichung 1 dargestellt. Neben der Querschnittsregression wurde auch eine Paneldatenschätzung mit fixen Länder- und Zeiteffekten vorgenommen. Bei der Querschnittsregression wird als endogene Variable die Veränderung des BIP pro Kopf zwischen 1992 und 2007 sowie zwischen 2000 und 2007 verwendet.⁵ Außerdem wird eine Panelregression mit fixen Länder- und Zeiteffekten der Veränderung des BIP pro Kopf auf die Veränderung

⁵ In weiteren nicht angegebenen Regressionen wurden Dummyvariablen für die Höhe der Rohstoffvorkommen, dem Anteil der Bevölkerung mit tertiärer Bildung sowie Variablen für Bevölkerungswachstum (alternativ dazu auch Fertilitätsraten und Lebenserwartung), Konsumentenpreisindex, Landesfläche, Direktinvestitionen, Bildungsausgaben der Regierung am BIP und für die Ausgangssituation der Länder im Jahr 1990 (Schwarzmarktpremie, Urbanisierung der Bevölkerung, Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung, Anteil des Handels innerhalb der früheren Sowjetunion am Gesamthandel) verwendet. Die verwendeten Daten stammen von der Weltbank, dem IWF, der UN und der EBRD. Die Ergebnisse bleiben insignifikant für den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratisierung. Problematisch ist bei der kleinen Stichprobe die Verwendung vieler exogenen Variablen.

des Demokratisierungsindikators über 3, 4 und 5 Perioden mit einem *Lag* von jeweils 3, 4 und 5 Perioden vorgenommen.

Im Ergebnis finden wir mit beiden Schätzmethoden keinen Effekt. Daraus lassen sich zwei Schlüsse ziehen: Erstens hat eine anfänglich zügige Demokratisierung offenbar keinen Einfluss auf den längerfristigen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess gehabt. Aus den Panelregressionen ergibt sich zweitens aber, dass auch die weitere Entwicklung des Demokratieindikators keinen erkennbaren Einfluss auf die Entwicklung des BIP gehabt hat.

Ein direkter Zusammenhang lässt sich also nicht finden. Wenn aber die vermutete Wirkungsrichtung so ist, dass Demokratie den Transformationsprozess beschleunigt und kanalisiert und dies das Wachstum positiv beeinflusst, dann müsste zumindest ein Zusammenhang zwischen dem Transformationsfortschritt und der wirtschaftlichen Entwicklung messbar sein.⁶ Um dies zu prüfen, haben wir untersucht, ob ein anfänglich hohes Liberalisierungstempo in den Transformationsländern Anfang der 1990er Jahre zu einem erhöhten Wirtschaftswachstum geführt hat, und zwar zum einen über den gesamten Beobachtungszeitraum und zum anderen über eine spätere Periode, beginnend Anfang der 2000er Jahre. Eine Reihe von frühen Arbeiten über die Transformationsländer hat einen solchen Zusammenhang gefunden (*De Melo/Denzier/Gelb*, 1996; *Fischer/Sahay/Végh*, 1996; *Åslund/Boone/Johnson*, 2001). Die Aussagefähigkeit dieser Studien ist aber umstritten geblieben (*Krueger/Ciolko*, 1998; *Heybey/Murrell*, 1998). Tatsächlich ist dieser Zusammenhang auch aus heutiger Sicht noch zweifelhaft.

Im Durchschnitt hat sich der Liberalisierungsindikator im Zeitraum von 1992 bis 1996 um 0,2 erhöht. Die prozentuale Veränderung reicht von 27 in Polen bis zu 107 in Kasachstan. Im Vergleich zur Demokratisierung, bei der einige Länder auch eine deutliche Verschlechterung erfahren haben, haben alle betrachteten Länder die Liberalisierung stetig vorangetrieben. In Abbildung 3 ist das Wirtschaftswachstum zwischen 1992 und 2007 (2000 bis 2007) auf der Ordinate und die Wachstumsrate des Liberalisierungsindikators von 1992 bis 1996 auf der Abszisse abgetragen.

⁶ Dabei ist Demokratie freilich nicht der einzige Faktor, der Liberalisierung anstoßen kann. Vielmehr spielen hier offenbar verschiedene Faktoren zusammen; siehe hierzu u.a.: *Desai/Olofsgård*, 2006; *Pitlik*, 2007; *Grosjean/Senik*, 2008.

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wachstumsrate des Demokratisierungsindikators

endogene Variable: Wachstumsrate BIP pro Kopf	92-07	92-07	00-07	00-07	t bis t+3	t bis t+4	t bis t+5
W Democ 92-96	0.216 (0.38)	0.212 (0.36)	-0.325 (-1.45)	-0.177 (-0.92)			
BIP pro Kopf 1992		0.001 (0.02)					
BIP pro Kopf 2000				-0.034** (-2.16)			
W Democ t bis t+3, Lag 3					0.018 (0.33)		
W Democ t bis t+4, Lag 4						-0.021 (-0.23)	
W Democ t bis t+5, Lag 5							-0.009 (-0.08)
Constant	1.314*** (8.92)	1.309*** (3.23)	0.953*** (11.52)	1.144*** (7.61)	0.146*** (4.94)	0.378*** (22.66)	0.444*** (23.73)
Fixe Ländereffekte					Ja	Ja	Ja
Fixe Zeiteffekte					Ja	Ja	Ja
R2	0.006	0.006	0.041	0.132			
Beobachtungen	23	23	26	26	277	222	194
Anzahl Gruppen					28	28	28
R2 innerhalb					0.353	0.363	0.399
R2 gesamt					0.244	0.191	0.173
R2 zwischen					0.002	0.042	0.054

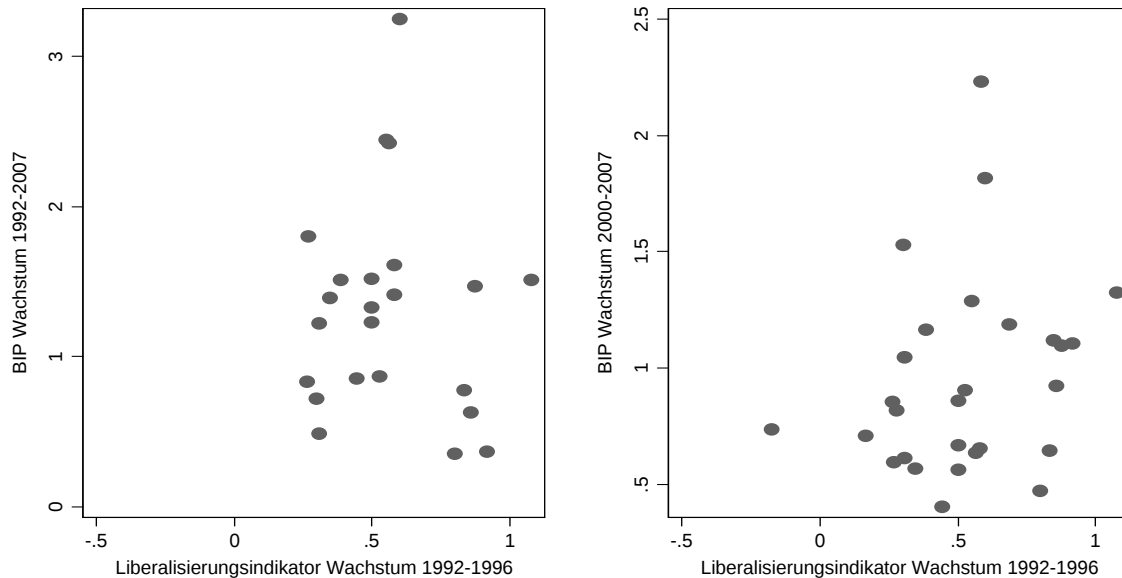
Anmerkungen: * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01, W: Wachstumsrate
Quelle: Eigene Berechnungen.

Auch hier ist kein klarer Zusammenhang erkennbar. Analog zu der Regression aus Tabelle 1 haben wir noch einmal Regressionen mit dem Liberalisierungsindikator anstelle des Demokratisierungsindikators durchgeführt. Diese sind in Tabelle 2 dargestellt.⁷ Das einzig signifikante Ergebnis finden wir in der Querschnittsregression für den Zusammenhang zwischen der Liberalisierung Anfang der 1990er Jahre und dem Wirtschaftswachstum in den 2000ern. Wird

⁷ In weiteren nicht angegebenen Regressionen wurden Dummyvariablen für die Höhe der Rohstoffvorkommen, den Anteil der Bevölkerung mit tertiärer Bildung sowie Variablen für Bevölkerungswachstum (alternativ dazu auch Fertilitätsraten und Lebenserwartung), Konsumentenpreisindex, Landesfläche, Direktinvestitionen, Bildungsausgaben der Regierung am BIP und für die Ausgangssituation der Länder im Jahr 1990 (Schwarzmarktpremie, Urbanisierung der Bevölkerung, Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung, Anteil des Handels innerhalb der früheren Sowjetunion am Gesamthandel) verwendet. Die Ergebnisse bleiben insignifikant für den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Liberalisierung. Auch hier gilt die Problematik der Verwendung vieler exogenen Variablen bei einer kleinen Stichprobe.

jedoch das Niveau des BIP pro Kopf in die Regression als exogene Variable mit aufgenommen, so wird auch dieser Effekt insignifikant.

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Liberalisierung



Quelle: Eigene Darstellung.

Dieses Ergebnis scheint den Ergebnissen von *Fidrmuc* (2003) zu widersprechen, weil dieser für einige Zeiträume hochsignifikante Zusammenhänge zwischen dem Niveau der Liberalisierung und dem Wirtschaftswachstum gefunden hat. Doch erstens misst er das Niveau und nicht das Tempo der Liberalisierung; und zweitens beschränken sich seine signifikanten Zusammenhänge ausschließlich auf die frühe Phase der Transformation, genauer auf die Zeiträume von 1990-94, 1991-95 sowie 1992-96. Schon für den Zeitraum ab 1993-97 geht die Signifikanz verloren. Weiterhin sind die Ergebnisse nicht sehr plausibel. Denn aufgrund der überall auftretenden Transformationskrise sollte man gerade für die ersten Zeiträume eher einen negativen Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Wachstum finden, während man für die späteren Zeiträume erwarten sollte, dass ein hohes Liberalisierungsniveau auch mit höheren Wachstumsraten verbunden ist.

Im Gegensatz zu *Fidrmuc* (2003) haben wir nicht die Wirkung des Liberalisierungsniveaus, sondern jene des Liberalisierungstempos untersucht. Hier haben wir weder für den sehr langen Zeitraum von 1992 bis 2007 noch für den späteren und etwas kürzeren Zeitraum von 2000 bis 2007 eine Wirkung auf das Wachstum finden können. Das Ergebnis für den letzteren ist zwar zunächst auf dem 5%-Niveau signifikant, doch gilt dies nur, solange das Ausgangsniveau des

BIP pro Kopf unberücksichtigt bleibt. Schließlich zeigen auch die Panelregressionen für die unterschiedlichen *Lags* keinen Zusammenhang zum Wachstum auf.

Tabelle 2: Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Wachstumsrate des Liberalisierungsindikators

endogene Variable: Wachstumsrate BIP pro Kopf	92-07	92-07	00-07	00-07	t bis t+3	t bis t+4	t bis t+5
W Liber 92-96	-0.251 (-0.48)	-0.251 (-0.44)	0.347** (2.09)	0.212 (1.21)			
BIP pro Kopf 1992		0.000 (0.00)					
BIP pro Kopf 2000				-0.032** (-2.07)			
W Liber t bis t+3, Lag 3					-0.099 (-1.15)		
W Liber t bis t+4, Lag 4						-0.169 (-1.32)	
W Liber t bis t+5, Lag 5							-0.210 (-1.43)
Constant	1.446*** (4.75)	1.445** (2.62)	0.765*** (7.30)	1.027*** (5.71)	0.275*** (16.80)	0.411*** (20.31)	0.487*** (7.29)
Fixe Ländereffekte					ja	ja	ja
Fixe Zeiteffekte					ja	ja	ja
R2	0.007	0.007	0.052	0.153	0.358	0.385	0.426
Beobachtungen	23	23	28	28	276	221	192
Anzahl Gruppen					29	29	28
R2 innerhalb					0.358	0.385	0.426
R2 gesamt					0.226	0.148	0.121
R2 zwischen					0.006	0.117	0.196

Anmerkungen: * p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01, W: Wachstumsrate

Quelle: Eigene Berechnungen.

Es mag erstaunen, dass sich in diesen Schätzungen kein Zusammenhang zwischen dem anfänglichen Liberalisierungstempo und dem Wirtschaftswachstum nachweisen lässt. Denn es ist ja schließlich der ganze Zweck der Liberalisierung gewesen, einen wirtschaftlichen Aufholprozess in den Transformationsländern zu initiieren. Andererseits behaupten diese Ergebnisse ja nicht, dass es keinen Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Wirtschaftsentwicklung gibt. Vielmehr besagen sie lediglich, dass eine – ggf. im Wege der Demokratisierung – angestoßene Veränderung des Liberalisierungstemplos keinen messbaren Einfluss auf das Tempo der Wirtschaftsentwicklung gehabt hat. Diese letztere Fragestellung haben wir

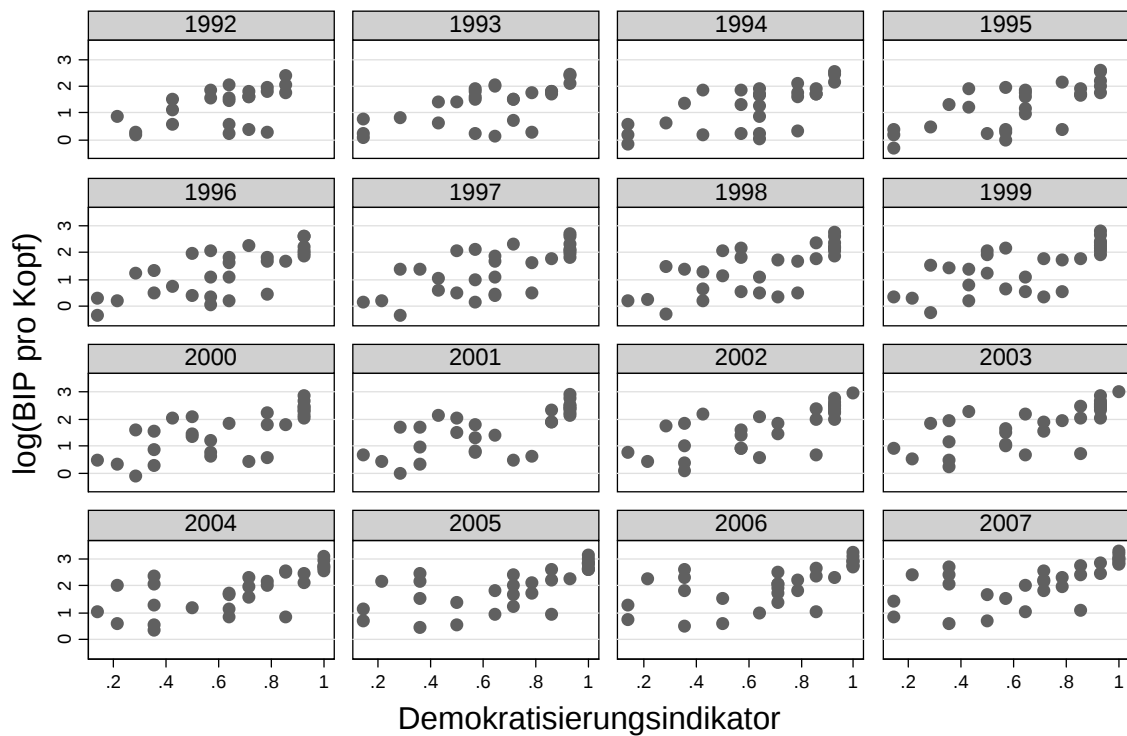
gewählt, weil wir wissen wollten, ob eine anfängliche Demokratisierung möglicherweise den Transformationsprozess und über diesen schließlich auch das Wachstum des BIP pro Kopf beschleunigt haben könnte, was aber allein schon daran scheitert, dass wir keinen Zusammenhang zwischen dem anfänglichen Liberalisierungstempo und dem Wirtschaftswachstum finden können. Eine davon zu unterscheidende Frage ist aber, ob ein einmal erreichtes Liberalisierungsniveau wachstumsfördernd wirkt. Wäre dies grundsätzlich nicht der Fall, so müsste man in der Tat am Sinn der Transformation überhaupt zweifeln, zumindest mit Blick auf das Ziel, einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess damit anzustoßen.

Die bis hierher gefundenen Ergebnisse sind einigermaßen ernüchternd. Ein direkter Zusammenhang von Demokratie und Wachstum lässt sich nicht nachweisen. Aber nicht einmal ein Teil der Wirkungskette von der Demokratisierung auf das Transformationstempo und von dort auf das Wachstum lässt sich nachvollziehen: nämlich jener vom Liberalisierungstempo auf das Wachstum. Immerhin decken sich diese Ergebnisse mit jenen der Literatur über den Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum allgemein. Auch hier konnte bis heute kein stabiler Zusammenhang zwischen Demokratie und Wachstum gefunden werden.

Gleichwohl sind es diejenigen Ländern mit dem höchsten Entwicklungsniveau unter den Transformationsländern, welche zugleich die demokratischen Länder sind. Insofern findet sich die weltweite Beobachtung des Zusammenhangs von Demokratie und Wohlstandsniveau auch in den Transformationsländern wieder. Dabei sind nicht nur der Grad an Demokratie und das Niveau des BIP pro Kopf positiv miteinander korreliert, sondern auch der Demokratisierungs- und der Liberalisierungsgrad. Die Korrelation zwischen der Demokratisierungs- und der Liberalisierungsvariablen ist im gepoolten Datensatz 0,75 sowie zwischen der Liberalisierungsvariablen und dem BIP pro Kopf 0,68. Diesen Zusammenhängen wollen wir uns abschließend noch einmal zuwenden. Unsere Frage ist hier, ob der durch diese Korrelationen suggerierte Kausalzusammenhang zwischen Demokratie, Liberalisierung und Wohlstandsniveau einer näheren Betrachtung standhält.

In Abbildung 4 ist der Zusammenhang zwischen dem BIP pro Kopf und der Demokratisierungsvariable für die einzelnen Jahre der Periode von 1992 bis 2007 dargestellt. In den einzelnen Jahren gibt es einen erkennbar positiven Zusammenhang zwischen dem Niveau an Demokratisierung und dem Niveau des BIP pro Kopf.

Abbildung 4: Zusammenhang zwischen BIP pro Kopf und Demokratisierungsindikator



Quelle: Eigene Darstellung.

Im Folgenden wird dieser Zusammenhang anhand der Regressionsgleichung 2 genauer überprüft.

$$(2) \quad \log(BIP \text{ pro Kopf})_{i,t} = \beta_0 + \beta_1 \text{democ}_{i,t} + \mathbf{x}'_{i,t} \beta + \varepsilon_{i,t}$$

Dabei ist i der Länderindex und t der Zeitindex. Die endogene Variable ist das BIP pro Kopf als Wohlstandsindikator. Diese wird durch den Demokratisierungsindex sowie durch weitere exogene Variablen erklärt, welche durch den Vektor $\mathbf{x}'_{i,t}$ beschrieben sind.⁸ Die Schätzergebnisse der Gleichung 2 finden sich in Tabelle 3.

⁸ Im einzelnen handelt es sich dabei um den Anteil der Bevölkerung mit tertiärer Bildung, die logarithmierten Direktinvestitionen, die Bildungsausgaben in Prozent des BIP, die Inflationsrate, die Landfläche, das Bevölkerungswachstum sowie um Variablen für die Gegebenheiten in den Transformationsländern Anfang der 1990er

Tabelle 3 Zusammenhang zwischen Wohlstandsniveau und Demokratisierung.

endogene Variable: BIP pro Kopf

	1	2	3	4	5	6	7	8
Democ	12.889*** (16.72)	5.286*** (8.45)	3.004* (1.85)	2.700* (1.85)				
Democ zwischen 0,33 und 0,66					1.647*** (4.50)	-0.278 (-0.86)	-1.517 (-1.63)	-0.151 (-0.49)
Democ größer als 0,66					6.986*** (15.19)	1.658*** (4.39)	-1.738 (-1.61)	0.149 (0.38)
Bevölkerung mit tertiä- rer Bildung (%)		0.139*** (13.81)		0.100*** (5.51)		0.134*** (12.42)		0.098*** (5.18)
log(FDI)		0.349*** (5.54)		0.018 (0.21)		0.388*** (5.55)		0.043 (0.44)
Bildungsausgaben (%) des BIP)		0.148** (2.18)		0.086 (1.14)		0.144** (2.30)		0.089 (1.13)
Inflation		0.002* (1.66)		0.001 (0.96)		0.001 (1.00)		0.001 (1.01)
Landfläche		- 0.000*** (-3.57)		-0.001 (-0.15)		- 0.000*** (-3.67)		0.004 (0.58)
Bevölkerungswachstum		0.554*** (3.55)		0.146 (0.81)		0.455*** (3.01)		0.162 (0.86)
Schwarzmarktpremie 1990		- 0.002*** (-5.19)				- 0.002*** (-4.13)		
Handelsverflechtung ehem. Sowjetunion 1990		-0.054** (-2.25)				- 0.091*** (-3.56)		
Urbanisierung 1990		0.018 (0.99)				0.045** (2.53)		
Anteil der Industrie an Wertschöpfung (%)		0.048*** (3.01)				0.034** (2.07)		
Rohstoffvorkommen, mittel		- 3.282*** (-11.93)				- 3.356*** (-11.99)		

Jahre (Schwarzmarktpremie, Handelsverflechtung mit der ehemaligen Sowjetunion, Urbanisierung, Anteil des Industriesektors an der Wertschöpfung und Dummyvariablen für Rohstoffvorkommen).

Rohstoffvorkommen, viel		1.413*** (3.36)				0.526 (1.38)		
Constant	-1.64*** (-3.55)	-8.79*** (-6.27)	3.02** (2.55)	1293.5 (0.15)	2.63*** (8.72)	-6.91*** (-4.40)	5.83*** (7.06)	-4551.4 (-0.58)
Fixe Ländereffekte			Ja	Ja			Ja	Ja
Fixe Zeiteffekte			Ja	Ja			Ja	Ja
R2	0.422	0.867			0.339	0.861		
Beobachtungen	446	325	446	325	453	325	453	325
Anzahl Gruppen			30	25			30	25
R2 innerhalb			0.694	0.799			0.694	0.789
R2 gesamt			0.346	0.001			0.086	0.001
R2 zwischen			0.268	0.002			0.106	0.002

Anmerkungen: * $p < 0.10$, ** $p < 0.05$, *** $p < 0.01$

Quelle: Eigene Berechnungen.

Neben der linearen Spezifizierung des Einflusses wurde die Demokratisierungsvariable auch in Kategorien eingeteilt. Ein Demokratisierungsniveau kleiner als 0,33 dient dabei als Referenzkategorie. Entsprechend haben wir jeweils eine Dummyvariable für ein Demokratisierungsniveau zwischen 0,33 und 0,66 sowie für ein Niveau von größer als 0,66 definiert. In Tabelle 3 finden sich die Ergebnisse einer Schätzung des gepoolten Datensatzes in Spalten 1, 2, 5 und 6. Weiterhin finden sich Panelschätzungen mit fixen Zeit- und Ländereffekten in den Spalten 3,4, 7 und 8 für die jeweilige Spezifizierung des Einflusses der Demokratisierung, jeweils mit und ohne weitere exogene Variablen.

Demokratisierung hat demnach einen signifikanten Einfluss auf die Höhe des BIP pro Kopf. In der Regression des gepoolten Datensatzes ist der Effekt hochsignifikant in Höhe von 5,29. Unter Einbezug von nicht beobachtbarer Heterogenität bei der Panelregression mit fixen Zeit- und Ländereffekten wird der Koeffizient kleiner, bleibt aber auf dem 10%-Niveau signifikant. Bei der Verwendung der beiden Dummyvariablen ergibt sich ein starker Effekt für die Dummyvariable „größer als 0,66“ im Falle der Regression des gepoolten Datensatzes.

Werden jedoch fixe Länder- und Zeiteffekte mit geschätzt, so wird der Einfluss der beiden Dummyvariablen insignifikant. Der enge Zusammenhang zwischen den Niveaus von Demokratie und Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist also nur ein scheinbarer, denn er findet sich nur, wenn man unbeobachtete Länder- und Zeiteffekte außen vor lässt. Werden diese hingegen mit geschätzt, so findet sich kein solcher Zusammenhang mehr. Dieses Ergebnis ist kompatibel mit jenem von *Acemoglu; u.a.* (2008) auf weltweiter Basis. Zwar testen diese die Modernisierungshypothese von *Lipset* (1959) und damit die umgekehrte Kausalität zwischen Demokratie und Wohlstand. Doch finden auch sie zunächst einen hoch signifikanten Zusammenhang, der dann ebenfalls durch die Schätzung mit fixen Effekten verloren geht.

Im Ergebnis müssen wir für die Transformationsländer ebenso wie für weltweite Untersuchungen feststellen, dass sich weder die Wachstumsrate des BIP noch ihr Niveau mit Hilfe des Demokratieindex erklären lässt:

- Ein Einfluss von Demokratisierung auf die Wachstumsrate des BIP lässt sich über verschiedene Spezifikationen hinweg überhaupt nicht nachweisen; dies gilt sowohl für eine frühe Demokratisierung als auch für eine Demokratisierung mit Blick auf spätere Wachstumsraten.
- Ein Einfluss des Liberalisierungstempos auf spätere Wachstumsraten verliert, sofern er denn zu finden ist, mit der Berücksichtigung des Ausgangsniveaus des BIP seine Signifikanz.
- Schließlich verliert der Zusammenhang zwischen Demokratisierung und Niveau des Bruttoinlandsprodukts seine Signifikanz, wenn fixe Länder- und Zeiteffekte mit geschätzt werden.

Acemoglu u.a. (2008) argumentieren, dass sich unbeobachtete Faktoren sowohl hinter der Demokratie als auch hinter dem Wohlstand verbergen, welche tiefe historische Wurzeln haben. Solche Faktoren haben demnach manche Länder auf einen Pfad hin zu Demokratie und Marktwirtschaft gesetzt, während andere Länder einem anderen Pfad gefolgt sind. Sollte dies die zutreffende Erklärung für die Korrelation von Wohlstandsniveau und Demokratiegrad sein, so müsste dies auch für die Transformationsländer gelten. Dies wäre dann insoweit interessant, weil auch die Jahrzehnte des Sozialismus es nicht vermocht haben, die Länder von ihrem jeweiligen langfristig-historischen Pfad abzubringen.

5. Implikationen für die konstitutionelle Politik

Muss man aus den empirisch nicht nachweisbaren Zusammenhängen zwischen Demokratisierung und Wachstum nun folgern, dass es im Grunde unerheblich ist, für welches Regime man sich in einem Land entscheidet – sofern man überhaupt von einer willentlichen Entscheidung für das eine oder andere Regime sprechen kann? Dieser Schluss wäre deshalb unzulässig, weil es – wie weiter oben beschrieben – unmöglich ist, einem Diktator ein glaubhaftes Versprechen abzuverlangen, wonach er die ihm übertragene Macht im Sinne der Förderung von Prosperität und Wachstum einsetzt. Zwar hat es Diktatoren gegeben, welche sich so verhalten haben. Es hat aber mindestens so viele Diktatoren gegeben, die das Gegenteil davon betrieben haben. Deshalb wäre es nach der Diskreditierung der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa nach 1989 völlig illusorisch gewesen zu glauben, man hätte irgendwie geartete autoritäre Regime temporär mit dem Auftrag einsetzen können, die erste Phase der Transfor-

mation voranzutreiben. Gegeben, dass ein Regimewechsel wie in Osteuropa ohnehin unumgänglich ist, kommt es vielmehr darauf an, stabile Spielregeln eines neuen politischen Systems zu etablieren, was auf den anfänglich erwähnten Zusammenhang von Demokratie und *Governance* zurückweist.

In diesem Sinne zeigt *Metelska-Szaniawska* (2009), dass ein sehr stabiler Zusammenhang zwischen der Qualität der politischen Verfassungen ehemals sozialistischer Länder einerseits und dem Transformationsfortschritt auf der anderen Seite besteht. Daraus kann man schließen, dass es wohl weniger um das „ob“ der Demokratie ankommt, sondern vielmehr um das „wie“. Offenbar kann es *Good Governance* unter bestimmten Bedingungen auch ohne Demokratie geben. Folgt man indes den Ergebnissen von *Rivera-Batiz* (2002), dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Diktatur *Good Governance* produziert, insgesamt geringer als die Wahrscheinlichkeit, dass *Good Governance* von einer Demokratie ausgeht. Es hängt allerdings im Einzelfall sehr von der konkreten konstitutionellen Struktur eines politischen Systems ab, ob *Good Governance* und im Anschluss Prosperität aus ihm folgt. Dies dürfte der tiefere Grund dafür sein, dass die Varianz in den Wachstumsraten der Volkswirtschaften kaum plausibel mit den üblichen Demokratieindikatoren erklärbar ist. Dies alles spricht nicht gegen Demokratie, sondern im Zweifel dafür. Denn erstens gibt es den eingangs erwähnten konsumtiven Charakter der Demokratie, ohne den Persönlichkeitsrechte, Pressefreiheit, Medienvielfalt und vieles andere – vorsichtig ausgedrückt – nicht gesichert sind. Zweitens ist *Good Governance* in einer Demokratie offenbar wahrscheinlicher als in einer Diktatur, und *Good Governance* ist gerade in Reformzeiten zweifellos von überragender Bedeutung.

Literatur

- Acemoglu, D.; et al.* (2000), Why Did the West Extend the Franchise? Democracy, Inequality, and Growth in Historical Perspective, in: *The Quarterly Journal of Economics*, 115, S. 1167 – 1199.
- Alesina, R.; A. Drazen* (1991), Why are Stabilizations Delayed?, in: *American Economic Review*, 81, S. 1170 – 1188.
- Alesina, R.; D. Rodrik* (1994), Distributive Politics and Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics*, 109, S. 465 – 490.
- Apolte, Th.* (1995), Democracy, Dictatorship, and Transformation. A Proposal for a Constitution-Guided Systematic Change in Formerly Soviet Republics, in: *Constitutional Political Economy*, 6, S. 5 – 20.
- Åslund, A.; P. Boone; S. Johnson* (2001), Escaping the Under Reform Trap, in: *IMF Staff Papers*, 48, S. 88 - 108.
- Barro, R. J.* (1996), Democracy and Growth, in: *Journal of Economic Growth*, 1, S. 1 – 27.
- Barro, R. J.* (1999), Determinants of Democracy, in: *Journal of Political Economy*, 107, S. 158 – 183.
- Besley, T; M. Kudamatsu* (2007), Making Autocracy Work, Development Economics Discussion Paper Series DEDPS 48, The Suntory Centre, London School of Economics.

- De Melo, M.; C. Denzier; A. Gelb* (1996), From Plan to Market. Patterns of Transition, World Bank Policy Research Paper No. 1564.
- Decker, J. H.; J. Lim* (2007), Do Democracies Grow Faster? Revisiting the Institutions and Economic Performance Debate, Munich Personal RePEc Archive.
- Demsetz, H.* (1969), Information and Efficiency, in: *Journal of Law and Economics*, 12, S. 1 – 22.
- Desai, R.; A. Olofsgård* (2006), Political Constraints and Public Support for Market Reform, in: *IMF Staff Papers*, Special Issue, 53, S. 92 – 114.
- Dethier, J.-J.; H. Ghanem, E. Zoli* (1999), Does Democracy Facilitate the Economic Transition? An Empirical Study of Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union, World Bank Policy Research Paper No. 2194.
- EBRD* (2008), Transition Report 2008 - Growth in Transition, London: European Bank for Reconstruction and Development.
- Fischer, S.; R. Sahay; C. A. Végh* (1996), Economics in Transition. The Beginning of Growth, in: *American Economic Review*, Papers and Proceedings, 86, S. 229 – 233.
- Freedom House* (2006), Freedom in the World 2006: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties, Lanham, MD: Rowman and Littlefield Publishers.
- Fidrmuc, J.* (2003), Economic Reform, Democracy and Growth During Post-Communist Transition, in: *European Journal of Political Economy*, 19, S. 583 – 604.
- Gradstein, M.* (2007), Inequality, Democracy and the Protection of Property Rights, in: *The Economic Journal*, 117, S. 252 – 269.
- Grosjean, P.; C. Senik* (2008), Why Populist Democracy Promotes Market Liberalization, IZA Discussion Paper, No. 3527.
- Haggard, S.* (1990), Pathways from Periphery. The Politics of Growth in the Newly Industrializing Countries, Ithaca: Cornell University Press.
- Helliwell, J. F.* (1994), Empirical Linkages Between Democracy and Economic Growth, in: *British Journal of Political Science*, 24, S. 225 – 248.
- Heybey, B.; P. Murrell* (1999), The Relationship between Economic Growth and the Speed of Liberalization during Transition, in: *Policy Reform*, 3, S. 121 – 137.
- Kaufmann, D.; A. Kraay; M. Mastruzzi* (2008), Governance Matters VII: Aggregate and Individual Governance Indicators 1996 – 2007, World Bank Policy Research Paper 4654, Washington, D.C.
- Krueger, G.; M. Ciolko* (1998), A Note on Initial Conditions and Liberalization during Transition, in: *Journal of Comparative Economics*, 26, S. 718 – 734.
- Lipset, S.* (1959), Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, in: *American Political Science Review*, 53, S. 69 – 105.
- Londregan, J. B.; K. T. Poole* (1996), Does High Income Promote Democracy?, in: *World Politics*, 49, S. 1 – 30.
- McGuire, M. C.; M. Olson* (1996), The Economics of Autocracy and Majority Rule: The Invisible Hand and the Use of Force, in: *Journal of Economic Literature*, 34, S. 72 – 96.
- Metelska-Szaniawska, K.* (2009), Constitutions and Economic Reforms in Transition. An Empirical Study, in: *Constitutional Political Economy*, 20, S. 1 – 41.
- Minier, J. A.* (1998), Democracy and Growth: Alternative Approaches, in: *Journal of Economic Growth*, 3, S. 241 – 266.
- Minier, J. A.* (2001), Is Democracy a Normal Good? Evidence from Democratic Movements, in: *Southern Economic Journal*, 67, S. 996 – 1009.
- Minier, J. A.* (2003), Democrats, Dictators, and Demonstrators, in: *Economic Inquiry*, 41, S. 224 – 233.
- Olson, M.* (1991), Autocracy, democracy, and prosperity, in: *R. J. Zeckhauser*, Hrsg., *Strategy and Choice*, Cambridge, Mass. (MIT Press), S. 6 – 157.

- Parente, S. L.; R. Zhao* (2006), Slow Development and Special Interest, in: *International Economics Review*, 47, S. 991 – 1021.
- Persson, T.; G. Tabellini* (1994), Is Inequality Harmful for Growth?, in: *American Economic Review*, 84, S. 600 – 621.
- Persson, T.; G. Tabellini* (2007), The Growth Effect of Democracy: Is it Heterogenous and how Can it be Estimated?, in: *E. Helpman*, Hrsg., *Institutions and Economic Performance*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Pitlik, H.* (2007), A Race to Liberalization? Diffusion of Economic Policy Reform among OECD Countries, in: *Public Choice*, 132, S. 159 – 178.
- Przeworski, A.; F. Limongi* (1993), Political Regimes and Economic Growth, in: *Journal of Economic Perspectives*, 7, S. 51 – 69.
- Rivera-Batiz, F.* (2002), Democracy, Governance, and Economic Growth, in: *Review of Development Economics*, 6, S. 225 – 247.
- Rodrik, D.; A. Subramanian; F. Trebbi* (2004), Institutions Rule: The Primacy of Institutions over Geography and Integration in Economic Development, in: *Journal of Economic Growth*, 9, S. 131 – 165.
- Rodrik, D.; R. Wacziarg* (2005), Do Democratic Transitions Produce Bad Economic Outcomes?, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 95, S. 50 – 56.
- Schwarz, G.* (1992), Marktwirtschaftliche Reform und Demokratie. Eine Hassliebe?, in: *ORDO*, 43, S. 65 – 90.
- Sirowy, L.; A. Inkeles* (1990), The Effects of Democracy on Economic Growth and Inequality: A Review, in: *Studies in Comparative International Development*, 25, S. 126 – 157.
- Usher, D.* (1981), *The Economic Prerequisites to Democracy*, New York: Columbia Press.
- Wintrobe, R.* (1998), *The Political Economy of Dictatorships*, Cambridge: Cambridge University Press.
- World Bank* (2002), *World Development Report 2002: Building Institutions for Markets*, Washington, D.C. 2002.

Diskussionsbeiträge des Institutes für Ökonomische Bildung

(bisher erschienen)

Diskussionsreihe Ökonomische Bildung

- Diskussionsbeitrag Nr. 1:** Der sozialökonomische Beitrag zur Umweltbildung
Gerd-Jan Krol/Jan Karpe/Andreas Zoerner
Februar 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 2:** Moderne Ökonomik und Moderne Kunst – Ein Beitrag zur ökonomischen und ästhetischen Werteentwicklung moderner Kunst
Jan Karpe/Mirco Derpmann
Mai 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 3:** Der sozialökonomische Ansatz der Umweltbildung – Grundlagen und Praxis der Umsetzung im Unterricht
Gerd-Jan Krol/Thomas Hönemann
(Mit Unterrichtsbeispielen für die Sekundarstufen I und II von *Anne Zumkley* und *Thomas Hönemann*)
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 4:** Freiwilligkeit – Zwang – Anreize. Bemerkungen zu strategischen Ansatzpunkten der Umweltpolitik
Gerd-Jan Krol
November 1998
- Diskussionsbeitrag Nr. 5:** Environmental Problems, Morals und Incentives in Modern Societies
Gerd-Jan Krol
Januar 2000
- Diskussionsbeitrag Nr. 6** Ökonomische Bildung in der modernen Gesellschaft
Gerd-Jan Krol/Jan Karpe/Andreas Zoerner
August 2001
- Diskussionsbeitrag Nr. 7** Eine ökonomische Analyse des Marktes für Klima- und Lüftungstechnik – Aktueller Stand und Zukunftsperspektiven in der Baubranche
Alexander Herrmann
März 2002

Ab 2005:

IÖB-Diskussionspapiere

- IÖB-Diskussionspapier 1/05:** Eliteuniversität Münster?!
Alexander Dilger
März 2005
- IÖB-Diskussionspapier 2/05:** Macro-Analysis of Transfer Fees and Investments in Sports
Alexander Dilger
Dezember 2005
- IÖB-Diskussionspapier 1/06:** Standards für die Lehrerbildung in der ökonomischen Bildung
Gerd-Jan Krol/Dirk Loerwald/Andreas Zoerner.
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier 2/06:** Jugend – Ernährungsstil – Bildung: Zu den Perspektiven einer lebensstilorientierten Didaktik
Konstantin v. Norman
April 2006
- IÖB-Diskussionspapier 3/06:** Taschengeld und Sparverhalten bei Grundschulkindern
Nicole Dubbert/Rainer Hufnagel
Juli 2006

IÖB-Diskussionspapier 4/06:	Theorie optimaler Währungsräume vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung <i>Heiko Peters</i> Juli 2006
IÖB-Diskussionspapier 5/06:	Höhere Geburtenraten in Deutschland – Die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung <i>Antje Funcke</i> Juli 2006
IÖB-Diskussionspapier 6/06:	Geldpolitische Strategien der neuen EU-Mitgliedsländer bis zur Euroeinführung <i>Heiko Peters</i> August 2006
IÖB-Diskussionspapier 1/07:	German Universities as State-sponsored Co-operatives <i>Alexander Dilger</i> Januar 2007
IÖB-Diskussionspapier 2/07:	Why Brennan and Buchanan are wrong (after all) <i>Thomas Apolte</i> März 2007
IÖB-Diskussionspapier 3/07:	Empirische Ermittlung von Haushaltsführungsstilen mit Daten der Zeitbudgeterhebung 1991/92 <i>Stéphanie Grossmann</i> Mai 2007
IÖB-Diskussionspapier 4/07:	Managerverschöpfung durch spezifische Investitionen <i>Benjamin Balsmeier</i> Mai 2007
IÖB-Diskussionspapier 5/07:	Münsteraner Ernährungsmuster- und Lebensstilstudie bei Schulkindern „MEALS“ 2006 <i>Konstantin von Normann</i> August 2007
IÖB-Diskussionspapier 6/07:	Personelle Unternehmensverflechtung und Vorstandsgehälter <i>Benjamin Balsmeier/Heiko Peters</i> Dezember 2007
IÖB-Diskussionspapier 1/08:	Theoretische Analyse der Strategiewahl unter der Zwei- und Drei-Punkte-Regel im Fußball <i>Hannah Geyers</i> Januar 2008
IÖB-Diskussionspapier 2/08:	Welche Immigranten kehren Deutschland den Rücken? Eine Paneldatenuntersuchung für Deutschland. <i>Sebastian Gundel/Heiko Peters</i> Februar 2008
IÖB-Diskussionspapier 3/08:	Predicting Birth-Rates Through German Micro-Census Data - A Comparison of Probit and Boolean Regression <i>Rainer Hufnagel</i> März 2008
IÖB-Diskussionspapier 4/08:	Are Three Points for a Win Really Better Than Two? Theoretical and Empirical Evidence for German Soccer <i>Alexander Dilger/Hannah Geyer</i> Mai 2008
IÖB-Diskussionspapier 5/08:	Auswechselverhalten im Fußball. Eine theoretische und empirische Analyse <i>Hannah Geyer</i> September 2008
IÖB-Diskussionspapier 6/08:	Bestimmungsfaktoren des Erwerbs der allgemeinen Hochschulreife in Deutschland <i>Benjamin Balsmeier/Heiko Peters</i> Oktober 2008
IÖB-Diskussionspapier 1/09:	Governance, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals sozialistischen Staaten <i>Thomas Apolte/Heiko Peters</i> März 2009

Herausgeber:
Institut für Ökonomische Bildung
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Scharnhorststraße 100
D-48151 Münster
Tel: +49(0)251/ 83-24303
Fax: +49(0)251/ 83-28429

www.wiwi.uni-muenster.de/ioeb